

Friedenszentrum Braunschweig e.V. u.  
Braunschweiger Bündnis für den Frieden  
Goslarsche Straße 93  
38118 Braunschweig



An den  
Bundeskanzler Olaf Scholz  
Willy-Brandt-Straße 1  
10557 Berlin

Braunschweig, den 18. Januar 2022

### **Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag**

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Scholz!

Am 22. Januar 2021 ist der Atomwaffenverbotsvertrag in Kraft getreten. In diesem Jahr jährt sich dieses großartige Ereignis zum ersten Mal. Mittlerweile haben 59 Staaten des Vertrag ratifiziert und die erste Konferenz der Vertragsstaaten ist in Planung.

Deutschland ist bisher diesem wichtigen Vertrag nicht beigetreten. Dabei stellt er die Weichen für Frieden und atomare Abrüstung. Dies ist insbesondere deshalb von Bedeutung, da Deutschland bei einem Atomkrieg unmittelbares Zielgebiet sein würde. Dazu trägt auch die nukleare Teilhabe Deutschlands bei.

Um die Wahrscheinlichkeit eines solchen Szenario zu minimieren, ist es dringend geboten, dass Deutschland ein Zeichen in Richtung Atomwaffenverbot setzt.

Wir appellieren deshalb an Sie, als Regierungsoberhaupt:

- Teilnahme an der 1. Konferenz zum Atomwaffenverbotsvertrag im März in Wien,
- Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags,
- Verzicht auf die nukleare Teilhabe,
- Die Schwelle eines Atomkrieges senken durch Werbung bei Partnerstaaten für die Unterzeichnung.

Willy Brandt hat mit der "neuen Ostpolitik" weichen für Annäherung und Dialog gestellt. Mit der Gründung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurde das Fundament geschaffen.

In Anbetracht der gegenwärtigen Spannungen bedarf dringend vertrauensbildender Maßnahmen. Die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrages wäre ein klares Signal in Richtung Frieden und Abrüstung.

Mit freundlichen Grüßen

Elke Almut Dieter

Friedenszentrum Braunschweig i.A.

Dr. Ute Lampe

Braunschweiger Bündnis für den Frieden i.A.